

Wolfgang Beutel: Lernen von politischer Argumentation und demokratischen Bürgertugenden

Das „Deutsche Jugendparlament 2010“ zum 20. Jahrestag der Deutschen Einheit in der Bürgerschaft zu Bremen

1. Was kann man im Parlament lernen?

„Ein Kinder- und Jugendparlament stellt eine konkrete Umsetzung von Jugendpartizipation dar“, so heißt es in Wikipedia¹, der Enzyklopädie des Medienzeitalters. In anderen und insbesondere pädagogischen Handbüchern, vor allem auch denen der „politischen Bildung“ im engeren Sinne, kommt das Stichwort Jugendparlament erstaunlicherweise gar nicht so explizit vor, wie man das erwarten möchte. Ist praktizierter Parlamentarismus, die politische Debatte, das Engagement für eine Sache in Gremien und Funktionsrollen etwa keine didaktisch-methodische Figur im Politikunterricht?

Soweit sollte man nicht gehen, aber es ist schon so, dass Parlamente als Kern der repräsentativen Demokratie und als Sammelpunkt komplexer Verfahrensmodelle auch eine besondere Herausforderung für Politik in Schule und Unterricht sind, die sich nicht selbstverständlich in unserer Fach- und Stoffschule abbilden lassen, offensichtlich auch nicht im Politikunterricht. Parlament, das macht man eben mal nicht so schnell. In einem Parlament wird – im Unterschied zu den sonstigen Ebenen demokratischer Öffentlichkeit, die die westlichen Parteiendemokratien kennen – auch nicht stets über alles und beliebig gesprochen. Vielmehr sind die Parlamente, speziell unser Deutscher Bundestag und die bundesdeutschen Landesparlamente, durch Wahlen legitimierte Volksvertretungen und Gesetzgebungsorgane, die nach genauen und hochdifferenzierten Verfahrensregeln arbeiten und erst innerhalb dieser Arbeitsformen spezifische und auch begrenzte Debatten- und Gesprächskulturen entfalten. Vor allem darin – in der Arbeitsform und im Repräsentativprinzip – liegt die besondere Herausforderung für die Vermittlung des parlamentarischen Prinzips in Unterricht und Schule.

2. Parlamentarismus und Demokratie – Ein Lern- und Erfahrungsfeld?

Die Frage des Parlamentarismus gilt – wie die Demokratie generell – in der Politischen Bildung als äußerst anspruchsvoll. Und natürlich erreichen nicht alle Bürgerinnen und Bürger das formale und kognitive Anspruchs- und Voraussetzungs-niveau, das die Parlamentarismusforschung als Voraussetzung für die aufgeklärte Beteiligung an der Demokratie beschreibt. Der Fakt, dass die Handlungs- und Prozessbedingungen unseres politischen Systems so komplex sind, dass sie nicht alle Menschen im Staat vertiefend verstehen, ist in der politischen Bildung und in der Politikwissenschaft hinreichend bekannt. Das wird dort bislang auch selten als wirkliches Problem gesehen, solange ein funktionierendes System der Berufspolitikerschaft und deren Nachwuchsgewinnung durch die großen Parteien gewährleistet sowie keine extreme Entwicklung in Blick auf die demokratiepolitischen Grundfunktionen von Wahlbeteiligung und Parteiwahlverhalten sichtbar ist. Das scheint sich aber derzeit zu ändern.

¹ http://de.wikipedia.org/wiki/Kinder-_und_Jugendparlament, Zugriff v. 12.01.2011

Sicherlich hat die Politik und ihre Funktionswissenschaft ein Recht darauf, nüchtern festzustellen, dass eine mögliche Handlungs- und Legitimationskrise in unserer Demokratie auch an der Bürgerschaft selbst liege, „ ihrer politischen Trägheit, ihrer Servicementalität, ... ihrem Unwillen, sich mit den Funktionsbedingungen parlamentarischer Demokratie überhaupt auseinanderzusetzen“, wie das der Passauer Parlamentarismusforscher Heinrich Oberreuter jüngst prägnant formuliert hat². Doch reicht diese Diagnose fehlender Bereitschaft zur Komplexität, zur Einsicht und zum Lernen bei den Bürgerinnen und Bürgern nicht aus, diese mögliche Demokratie-Krise zu bekämpfen. Schuldzuweisungen lösen das Problem nicht. Der Vertrauensverlust in die Demokratie nimmt trotzdem zu und die egozentrische-individualistische Lebenshaltung dominiert weiterhin. Soll das politische System – zusammen mit seinen enttäuschten Eliten – deshalb untergehen, ja gewissermaßen beleidigt mit der Haltung „wir sind zu gut für unsere Bevölkerung“ untergehen? Wohl kaum!

Vielmehr muss auch hier gelten, was die Pädagogik in Blick auf die sozialen Kompetenzen des Menschen und seiner Fähigkeiten zur Akzeptanz und Verteidigung offener Gesellschaften schon seit langem immer wieder betont: Demokratie ist keine psychologische Entwicklungsatsache, die im Kind oder Jugendlichen plötzlich auftaucht und dann selbstverständlich da ist. Sie muss gelernt werden wie das soziale Leben und alle anderen Wissens- und Handlungsmöglichkeiten eben auch. Und Lernen geschieht nun eben am besten durch Tun – politisches Lernen in der Demokratie zumal. Partizipation lernt man eben durch Partizipation, Verantwortung dadurch, dass man welche hat und Parlamentarismus durch Teilnahme an einem Parlament!

Und immerhin, da wachsen auch in der Politischen Bildung langsam entsprechende Einsichten: Da ist ja nicht nur die Rede von bspw. dem Deutschen Bundestag als einem „reaktionsstarken Parlament“, wie dies der Dresdner Politikwissenschaftler Werner Patzelt³ nennt. Vielmehr weiß man inzwischen auch von den vielen kulturell-historischen Voraussetzungen insbesondere des Miteinander-Sprechens und des Aushandelns, die letztlich das Erlernen von Parlament, Debatte, Abwägen, Kompromiss, Sachanalyse und Vereinbarung oder Norm eben doch zu Aufgaben von praktischen Erfahrung und Auseinandersetzung machen. Da liegt der Kern des politischen Prozesses, im Gespräch, in der Kommunikation, in der kritisch-konstruktiven Auseinandersetzung. Also, möchte man sagen: „Liebe Politische Bildung, mach eben doch mal Ernst mit dem Parlament in Lernen, Unterricht und Schule“. Das wäre dann allerdings eben mehr als ein dreiviertelstündiges Spiel im Klassenzimmer, das kein Produkt, keine Vereinbarung, keinen Text und vor allem keine Idee hinterlässt.

3. Lernkontrolle – Aufzeigen guter Ergebnisse

Wenn in einem Parlament für die Demokratie und den Parlamentarismus gelernt werden kann, dann braucht es habhafte Aufgaben und öffentlich beachtbare Ergebnisse. So gesehen hat dieses erste gesamtdeutsche Jugendparlament, das vom 1. bis 2. Oktober 2010 in der Bremischen Bürgerschaft und professionellen parlamentarischen Bedingungen getagt hat, eben doch eine politisch bildende Funktion gehabt – denn diese Ergebnisse sind in den Resolutionen der drei Ausschüsse

² Oberreuter, H.: Unterm Strich zähl ich. In: Rheinischer Merkur vom 11.11.2010.

³ Patzelt, W.: Neue Wege der historisch-vergleichenden Parlamentarismusforschung. In: Helmar Schöne/Julia von Blumenthal (Hrsg.): Parlamentarismusforschung in Deutschland, Baden-Baden 2009, S. 53-76; hier: S. 60.

problemzentriert, gehaltvoll und im Zeitstrom aktueller politischer Aufgaben lokalisierbar. Mancher der jugendlichen Parlamentarierinnen und Parlamentarier wird bei der ersten großen Rede des im Herbst 2010 noch jung im Amt gelandeten Bundespräsidenten Christian Wulff – die dieser am Tag nach Abschluss des Jugendparlaments in Bremen gehalten hat und zu der alle Jungparlamentarier eingeladen waren – gemerkt haben, wie aktuell die eigenen Forderungskataloge waren, die sich den drei Feldern „Grundwerte, Arbeitsgesellschaft sowie Bildung und Ausbildung“ zugewendet haben.

Es war eine beeindruckende Veranstaltung, die einen ganz besonderen Akzent der praktischen Lernens repräsentativer Demokratie und der ernsthaften Auseinandersetzung der teilnehmenden Jugendlichen mit Schlüsselproblemen ihrer Erfahrungswelt und damit auch mit den Gegenwarts- und Zukunftsherausforderungen unserer Gesellschaft aus Anlass des Einheitsfeiertages und im besonderen Kontext der deutsch-deutschen Perspektivendifferenzierung ermöglicht hat.

Mit den Einsichten gegenwärtiger Pädagogik kann man sagen, dass alle Situationen, in denen Jugendliche sich in der Institutionenwelt der Politik und der Öffentlichkeit systematisch und lernend bewegen, Korridore für Demokratie-Lernen eröffnen. Allerdings geschieht dies nicht automatisch im Sinne einer pro-demokratischen Erfahrung. Hierzu bedarf es dann schon einer guten fachlichen Vorbereitung, einer wirksamen und offenen praktischen Begleitung sowie einer reflektierten Auswertung der erreichten Lern- und Handlungsergebnisse. An all diese Voraussetzungen hat die sorgfältige Vor- und Nachbereitung des Ereignisses anknüpfen können. In den sechs Resolutionen, die dieses Parlament verabschiedet hat, ist das gut formuliert nachzulesen!

4. Parlamentarismus und die Aufgabe der Deutschen Einheit

Dass dieses Jugendparlament im Kontext der Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag der Deutschen Einheit stattfinden konnte, scheint mir besonders wichtig. Denn wir wissen einerseits, dass der Gewinn der staatlichen und politischen Integrität von Gesamtdeutschland für die heutige Erwachsenengenerationen zweifelsohne eine besondere politische, ja historische Erfahrung gewesen ist, vor deren Vollzug vor allem der Unterschied in den gesellschaftlichen Konzepten und realen Lebenswelten von Bundesrepublik und DDR prägend war. Andererseits ist auch bekannt, dass die aktuelle Lebenserfahrungen von Kindern und Jugendlichen, die nach 1990 geboren worden sind, sich auf eine gesamtdeutsche Wahrnehmung beziehen.

Das ist zwar ausnehmend positiv, doch zwingt es uns bisweilen dazu bei, den Blick gezielt auf die anhaltende Aufgabe der Fortführung und Weiterentwicklung des Einheitsprozesses zu richten. Dieser stets und auch aktuell notwendige Blick auf die Entwicklungsaufgabe „Deutsche Einheit“ ist zudem – wie kaum ein anderes politisches Gestaltungs- und Problemfeld – nicht nur eine Herausforderung für die Berufspolitik und die staatlichen Gremien, sondern vor allem eine Frage von Wahrnehmung und Wertschätzung durch die deutsche Bevölkerung in Ost und West. Die vierzig Jahre währende politische Parallelität der beiden unterschiedlichen Staaten, die die direkte Begegnung außerhalb engerer familiärer Verwandtschaften politisch vermieden hatten, ist den aktuellen Jugendgenerationen als primäre Erfahrung fremd. Das ist der große historische Gewinn der staatlichen Einheit, der heute gerne so leichtfertig vergessen wird, wenn die Kosten und die Folgeprobleme des neuen Gesamtdeutschland diskutiert werden. Zugleich ist die historisch gewordene deutsche Teilung den heutigen Kindern und Jugendlichen sicherlich als eine Erfahrung und eine Aufgabe ihrer Eltern mittelbar präsent, wobei die Eltern von der Zweistaatlichkeit in

historischer Perspektive und möglicherweise auch bisweilen undifferenzierter Verklärung der je eigenen Lebensgeschichte sprechen.

Die deutsche Einheit und ihre Aufgaben in Gegenwart und Zukunft mit dieser Jugend zu besprechen, die in medialer Vernetzung zwischen Handy und sozialen Netzwerken, in globalisierter Erfahrung einer zunehmend mehr europäisierten und durch die Aufsteigerstaaten des asiatischen Raums geprägten Produkt- und Konsumwelt stehen, ist deshalb besonders bedeutsam. Schon alleine aufgrund dieses Faktums sollte das Deutsche Jugendparlament beim Einheitsfeiertag kein Einzelfall nur des runden 20-jährigen-Jubiläums gewesen sein, sondern vielmehr ein regulärer Bestandteil des Feierns, Gedenkens, Erinnerns und der Arbeit an der andauernden Aufgabe der innerdeutschen Integration bleiben.

Das gilt gerade auch für den Anlass und die Feiertage selbst. Denn der Erinnerung an den geschichtlichen Glücksfall der Deutschen Einheit und der seither – bei Berücksichtigung aller Kritik und vieler Enttäuschungen – in Gesellschaft und Politik geleisteten Integrationsarbeit steht eine Akzentsetzung zugunsten von Jugend und Zukunft sehr gut zu Gesicht.

5. Parlament und Partizipation

Natürlich ist das Parlament Instrument und kultureller Ausdruck der Beteiligung an den politischen Entscheidungen in der Demokratie. Insofern muss jedes Modell, jede Adaption für Kinder und Jugendliche vor allem dahingehend entwickelt werden, dass Beteiligungselemente im Vordergrund stehen. Nichts wäre kontraproduktiver als pure Simulation. Wenn man natürlich nach der Beteiligung, der Partizipation fragt, weist das erste Jugendparlament aus Anlass der Deutschen Einheitsfeiern viele Anknüpfungspunkte auf. Sie liegen aus unserer Sicht sowohl in der Mitbestimmung bei Didaktik und Methodik des Vorgehens in dieser zweitägigen, in Ausschuss- und Plenararbeit gegliederten Veranstaltung. Sie betreffen aber auch – und das ist weit wichtiger – die Inhalte und damit die Beteiligung der im Parlament tätigen Jugendlichen bei der Kommunikation und einer möglichen Umsetzung dessen, was das Jugendparlament beschlossen hat.

Die Zusammensetzung spiegelt die föderale Landesvielfalt wider. Drei bis vier Jugendliche kommen aus jedem unserer sechzehn Bundesländer. Eingeladen wurden sie von den jeweiligen Landtagen. Es war kaum zu übersehen, dass hierbei erfahrene Jugendabgeordnete von entsprechenden Landesjugendparlamenten mitberufen worden sind. Auch haben die Jugendorganisationen der Parteien über die jeweiligen Landtagsfraktionen entsprechende Nachwuchs-Politik-Talente ins Rennen geschickt.

Gearbeitet wurde zuerst in drei aufgaben- und themenbezogenen Ausschüssen und anschließend im Plenum. Dort wurden die Resolutionen der Ausschüsse vorgestellt, diskutiert und dem parlamentsadäquaten Procedere von Änderungsanträgen und abschließenden Plenarbeschlussfassungen unterworfen. Das alles geschah mit einer bemerkenswerten Souveränität, die gezeigt hat, wie ernst und mit welchem Versprechen von Beachtung und Wirksamkeit die eigene Arbeit von den jugendlichen Abgeordneten wahrgenommen worden ist. Besonders beeindruckend war das Abschlussplenum mit der anschließenden Übergabe der Resolutionen an den Präsidenten des Senats und Bürgermeister der Hansestadt Bremen, Jens Böhrnsen. Er hat – nicht zuletzt auch als im Jubiläumsjahr den Feierlichkeiten gastgebender Präsident des Bundesrates – im Plenum des

Jugendparlamentes versprochen, die Resolutionen zur „Vereinbarkeit von Arbeit und Familie“, zur „Förderung und Aufwertung bürgerschaftlichen Engagements“, zur „Demokratie in der Schule“, zur „Lehrerbildung“, „zur Reformierung des Hochschulzugangs“ und unter dem Aspekt der Integration mit dem Titel „Gemeinsam für die Vielfalt in der Einheit“ in die entsprechenden Gremien weiterzuleiten. Die Erwartung bei den Jungparlamentariern und -parlamentarierinnen sind geweckt. Es wird sich zeigen, wieweit die Politik diese substanziellen Ergebnisse jugendlicher Arbeit würdigt und aufnimmt.

6. Debattieren, Sprechen, Abwägen: Praktisches Lernen, Modellsituationen und reale Erfahrungslernen in der Demokratie

Das Debattieren, das abwägende Urteilen und der durch Regeln kultivierte Austausch unterschiedlicher Standpunkte zu einem Problem, einer Aufgabe oder einer Herausforderung sind natürlich zentrale Aspekte der Demokratie, die in der Institution des Parlaments ihren Ausdruck finden. Über die Dinge regelhaft und mit guten Gründen zu sprechen ist Grundlage der Demokratie. Sprechen kommt hier tatsächlich vor dem Handeln und dieses folgt jenem nach, weil sonst weder überzeugt werden kann und weil sonst auch schwer zu akzeptieren wäre, dass Mehrheitsentscheidungen immer eine Minderheit in die Situation der Akzeptanz des von ihr so nicht Gewollten bringt. Auf Gesprächsbasis kann dieses Grundmuster akzeptierbarer Konflikthaftigkeit von gesellschaftlichen Entscheidungen und Regelungen als Kern der Demokratie Bestand haben.

Da Sprechen, insbesondere demokratisches Sprechen aber weit mehr ist, als pures Reden, benötigt es hierzu entsprechender Kompetenzen. Diese möglichst auch in der Schule zu fördern, ist ein großes Ziel der Demokratiepädagogik. In den letzten Jahren hat diese angelsächsische Tradition nicht nur sich erstens in der deutschen politischen Kultur etablieren müssen, sondern zweitens einen Anknüpfungspunkt in der Schule gefunden. Demokratisches Sprechen im Sinne von didaktisch gut organisierten und durch Recherche und reflektierte Rollenwahrnehmung vorbereiteten Formen der argumentativen Bearbeitung von Kontroversen in der Schule wird in verschiedenen Anspruchsgraden, Differenzierungsformen und Entwicklungsstufen inzwischen in manchen Schulen gepflegt – wenngleich hier im deutschen Schulwesen noch erhebliche Entwicklungsräume sind. Der erste Schritt für eine intensivere Pflege dieser Kompetenz liegt in einer entsprechenden Gewichtung von Kommunikation und Umgang in den Schulen im überfachlichen Sinne. In allen Fächern geht es darum, vernünftig zu argumentieren, über die Dinge zu sprechen und zuzuhören. Schließlich müssen substanzielle Kontroversen bewusst aufgegriffen und als Lernanlässe genutzt werden – sei es in den Fächern, sei es im Schulleben und darüber hinaus. So gesehen kann natürlich die parlamentarische Debatte in vielen Kontexten von Schule erfahren und gelernt werden. Das kann bis hin zu Wettbewerben wie etwa „Jugend debattiert“ oder Veranstaltungen wie „Jugend im Parlament“ gehen. Wobei allerdings diese beiden Beispiele in der deutschen Schule wie so vieles anderes im Bereich des Demokratie-Lernens daran krankt, dass das zwar spektakulär ist, aber nur einen sehr kleinen Kreis an Kindern und Jugendlichen erreicht.

Umso bemerkenswerter war das Bremer Jugendparlament, das sowohl in den Phasen der Ausschuss-Arbeit als auch in den Plenarphasen eine hohe Sprachkompetenz der Teilnehmerinnen und Teilnehmer hat sichtbar werden lassen. Es gab alles, was zu einer echten Debatte notwendig ist: Regelbewußtsein, Pro- und Contra-Argumentation, Leadership von Leuten in jedem noch so kleinen

Teilausschuss. Das gab es Jugendliche, die bereit waren, Ergebnisse zu notieren, an Formulierungsvorschlägen zu feilen und das unzureichende der gesprochenen Sprache solange zu kritisieren, bis eine tragfähige Formulierung gefunden war. Und schließlich war die schon fast routiniert wirkende Sicherheit und Rollenklarheit im Plenum beeindruckend. Bis hin zur Haltung, zur Anrede und zum Versuch, die Rednersituation durch Blickkontakte, eingestreute Anrede-Floskeln und situative Reaktionen lebendig und informell zu gestalten, reichte das Repertoire der Jungparlamentarierschaft. Als Beobachter erappte man sich schon dabei, bei den Schülerinnen und Schülern modellhafte Routinen zu entdecken, die zu einer Verdinglichung der Rolle und deren Dominanz vor dem Sachinhalt hätte führen können.

Umso enttäuschender war für das Jugendparlament insgesamt das eher geringe Interesse, das die Plenarphasen bei den hierzu eingeladenen Schulen des Stadtstaates gefunden hatten: Nur wenige Jugendliche und noch weit weniger Erwachsene oder gar Lehrkräfte fanden sich in den Zuschauerrängen des denkmalgeschützten Plenarsaals der Bremischen Bürgerschaft. Auch die Presse hatte ihre Konzentration vollständig auf die gleichzeitig zu dieser Veranstaltung in Bremen weilende politische Prominenz aus Bundes- und den sechzehn Landesregierungen gerichtet. Das war für das Parlament doch etwas ernüchternd.

7. Zu den Ergebnissen: „Demokratie in der Schule“ – Bildung und Schule als Thema der Jugend

Das Parlament hat sich drei großen Themenbereichen gewidmet, die in der Summe ein sehr breites Spektrum politischer Aufgaben für die Zukunftsentwicklung unserer Demokratie abbilden. Beim Themenkreis „Integration und gesellschaftliche Werte“ – der grundsätzlichste und zwangsläufig auch weiteste Arbeitsauftrag – wurde die Resolution „Gemeinsam für Vielfalt in der Einheit“ verfasst. In differenzierender Abwägung wurde das Integrationsthema nicht nur in Blick auf Ost und West, sondern vor allem auf die Herausforderung von multi-ethnischen und migrationsbedingten Unterschieden bezogen. Dabei wurde ein Tonfall gewählt, der sich wie eine Steilvorlage für die am Tag nach der Resolutionsveröffentlichung zu hörende große Rede von Bundespräsident Christian Wulff lesen lässt. „Wir sind auf der richtigen Spur“, so etwa war denn auch die wahrnehmbare Resonanz der Präsidentenrede bei den Jugendlichen charakterisierbar.

Sehr intensiv hat sich der Ausschuss „Ausbildung und Arbeit“ mit seinem Aufgabenfeld befasst, das dann auch in zwei Resolutionen geführt hat: „Aufwertung bürgerschaftlichen Engagements – Freiwilliges Soziales Jahr für Bürgerinnen und Bürger aller Altersstufen“ und „Vereinbarkeit von Arbeit und Familie“ zielen auf zwei Grundfragen moderner Arbeits- und Sozialpolitik. Die Resolutionen zeigen, dass die Jugendlichen von Politik und Parlament in diesen Fragen größere Beweglichkeit fordern, als bislang gezeigt wird. „Die Frage des demographischen Wandels erfordert eine familienfreundliche Antwort. Deshalb fordern wir Jugendlichen für unsere Zukunft die Möglichkeit ein, berufliche und familiäre Lebensplanung miteinander vereinbaren zu können“, heisst es dort und es werden Regelungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie zur Anerkennung von Pflegezeit vorgeschlagen.

Besonders bemerkenswert aus demokratiepädagogischer Perspektive ist die Resolution des Ausschusses „Bildung und Lernen“, die sich unter dem Stichwort „Demokratie in der Schule“ gewissermaßen der Grundlage der eigenen jugendparlamentarischen Arbeit zugewendet hat: „Schule hat die Aufgabe, das Demokratieverständnis junger Menschen auszubilden und zu fördern und diese

zu eigenem aktiven demokratischen Handeln zu motivieren. Dazu ist es notwendig, Partizipationsmöglichkeiten der Schülerinnen und Schüler, aber auch aller anderen an Schule Beteiligten, offen zu gestalten und für jeden/jede zugänglich zu machen“, wird hier präzise formuliert. Die Vorschläge, in die eine Konkretisierung dieser Forderung gehen könnte, zielen in die Substanz schulischer Gestaltung und Entscheidung, wenn Partizipationsrechte bei Personal-, Inhalts- und Finanzentscheidungen gefordert werden. Zudem soll auch die Kultur des demokratischen Umgangs und der Problembearbeitung in den Lerngruppen etwa durch das Modell „Klassenrat“ gestärkt werden. Schließlich wird der als unzureichend, weil brüchige, inkonsequent stattfindende Unterricht im Fachbereich „Politische Bildung“ kritisiert.

Darüber hinaus hat sich der Ausschuss noch mit der Frage des „Hochschulzugangs“ sowie der Reform der „Lehrerbildung“ auseinandergesetzt. Unter Gerechtigkeitsaspekten findet das Zentralabitur eine bemerkenswert hohe Zustimmung, in dem es als Instrument für die Verbesserung des Studienplatzzugangs beschrieben wird. Dass zudem Studiengebühren und der Numerus Clausus in den stark begehrten Fächern kritisiert werden, kann kaum überraschen – gleichwohl war das weder im Ausschuss selbst noch im Plenum unumstritten. Hier haben sich die aus der Parteipolitik bekannten Positionen modellhaft abgebildet.

Insgesamt jedoch sind die drei Schwerpunktthemen des Schul- und Bildungsbereiches, die der Ausschuss gewählt, verhandelt und in den Resolutionen kleingearbeitet hat, markante Abbilder der aktuellen schulpolitischen Diskussionen: sie treffen ins Zentrum der gegenwärtigen Fragen einer professionellen Schulentwicklung und eines gerechten Bildungswesens.

8. Bilanz und Perspektiven

Die Bilanz fällt also ausnehmend positiv aus und aus Sicht der die Veranstaltung begleitenden Expertenschaft muss das Votum klar heißen: Macht weiter so, da kann man gar nicht genug tun. Vor allem: Beteiligt die Jugendlichen durch dieses Modell bei den Jahresfeierlichkeiten zur Deutschen Einheit. Sie können der praktischen Politik und der Öffentlichkeit ein Abbild von Sorgen und Fragen nach den Zukunftsperspektiven unseres Landes, vor allem aber der mentalen Verfassung unseres Gemeinwesens geben.

Zugleich ist dennoch auch bemerkenswert, welche Kehrseite dieser im Jugendparlament sichtbar gewordenen vorprofessionellen Haltung diskutiert werden sollte. Denn es war schon auffällig, wie wenig bedrängende Zukunftsfragen der globalen Entwicklung in die drei Diskussionsgruppen hineingespielt haben. Es war keine Rede von den großen globalen Herausforderungen der Menschheit – der Klimafrage und der Fortführung des Kyoto-Protokolls, der kriegerischen Konflikte in der arabischen Welt, die Israel-Palästina-Frage, die Spannung zwischen Wirtschaft und wachsender Weltbevölkerung, die Finanzkrise, der Nord-Süd-Konflikt.

Im positiven Sinne war es zudem auffällig, wie wenig die Differenz zwischen Ost- und Westdeutschland ein Thema gewesen ist. Das Deutsche Jugendparlament war eine im besten Sinne gesamtdeutsche Erscheinung. Wenn man das Parlament – mit einem Wort des Juristen Paul Kirchhof

– als „Entscheidungsmitte“⁴ unserer Gesellschaft verstehen möchte, dann gibt das Bremer Jugendparlament in seiner Gesamtbilanz einen guten Anlass für eine positive Aussicht in der jugendpolitischen Entwicklung des vereinten Deutschland. Im 1. Deutschen Jugendparlament aus Anlass der 20-Jahr-Feiern zur Deutschen Einheit in Bremen haben die Jugendlichen gelernt, wie man politisch argumentiert und gemeinsam um konsensfähige Formulierungen ringt. Sie haben gesprochen und zugehört, sie haben formuliert und gestritten – sie haben sich in elementaren Bürgertugenden der Demokratie geübt und weitergebildet. Da ist noch vieles entwicklungsfähig, aber im grundlegenden Sinne war die Bilanz doch sehr gut: Wir haben politisch interessierte und engagierte Jugendliche, sie sind in allen Bundesländern – gleich ob Ost oder West – zu finden und sie sehen Deutschland als einheitliche politische Umgebung ihrer eigenen Zukunft!

⁴ Kirchhof, Paul: Das Parlament als Mitte der Demokratie. In: Brenner, M./Huber, P./Möstl, M. (Hrsg.): Der Staat des Grundgesetzes – Kontinuität und Wandel. Tübingen 2004, S. 237-262; hier: S. 242.